

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Januar.

10 Uhr. Am Ministertische Maybach, Bitter und Lucius.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Nachtrages zum Staatshaushaltsetat, betr. die Eisenbahnverwaltung. Nach demselben sollen in Zukunft Eisenbahndirectionen in Thüringen sein in Berlin, Bromberg, Hannover, Frankfurt a. M. und Kassel. Die Eisenbahndirectionen in Magdeburg (für Magdeburg, Halberstadt und Hannover-Altenbeken) und in Köln (für Köln-Minden und die Rheinische Eisenbahn) befinden sich noch nicht im Etat.

Abg. Berger: Der neue nach dem Schema von 1873 aufgestellte Eisenbahnetat hat den Vorzug der Uebersichtlichkeit, ist aber arm an wissenschaftlichen Details. Die Beschlüsse z. B. werden genau mitgeteilt, aber von den anderen, den Ertrag der Bahnen bestimmenden Ausgaben erfährt man möglichst wenig, über die für die Verhältnisse im Etat direct nichts, sondern nur große Posten; Kosten der Unterhaltung der Bahnanlage mit Ausnahme großer Erweiterungs- und Ergänzungsbauten und Ausgaben für den Vorratstransport. Die Ausgaben für Kohlen und Eisen, von denen der Ertrag der Bahnen wesentlich abhängt, fehlen. Von den unteren etatsmäßigen Beamtenstellen soll in Zukunft eine sehr große Zahl in Wegfall kommen und dadurch die Summe von 8,680,000 M. erpart werden, während die Rubrik „künftig wegfallend“ nur etwa 33,000 M. umfaßt. Aber die Ausgaben für die in Wegfall kommenden Beamten werden in der Form diätarischer Besoldungen im Großen und Ganzen wieder erscheinen, und wenn der Staat einmal eine so gewaltige Industrie betreiben will, wie er das jetzt vorhat, dann muß er auch die Konsequenz auf sich nehmen, die an den Staatsbahnen angestellten Beamten in der vollständigen Qualität von Beamten, die sie jetzt haben, zu behalten. Große Unglücksfälle fanden ihre Erklärung in dem Mangel an fest angestellten Beamten in den unteren Kategorien, deren wichtige Functionen lediglich durch Arbeiter verrichtet wurden.

Minister Maybach: Der neue Etat unterscheidet sich von dem früheren von der Budgetcommission schon durchgeordneten in folgenden Punkten. Die äußere Anordnung lehnt sich an die von dem Reich für die Statistik der deutschen Eisenbahnen inzwischen vorgeschriebenen Einrichtungen an. Wir haben nur das Gesamtergebnis der einzelnen Positionen aufgeführt, weil die Specialisirung bereits in den früheren Etats erfolgt war. Sollte die Budgetcommission die frühere Specialisirung wiederhergestellt zu sehen wünschen, so wird die Regierung damit einverstanden sein und die Hauptpositionen in Unterabtheilungen zerlegen. Wir haben ferner die Resultate der neuen Bahnen nach den Veranschlagungen der Privatdirectionen aufgenommen. Wir haben sie selbstverständlich nicht in allen einzelnen Positionen zu vertreten, weil uns die Organe für die Veranschlagung an den betreffenden Stellen fehlen; ich habe aber keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Veranschlagungen zu zweifeln. Endlich ist die Einführung der schon früher in Aussicht gestellten neuen Organisation, die sich in der That als ein wirtschaftliches und finanzielles Bedürfnis ergeben hat, bei diesem Etat berücksichtigt. Die hierbei erzielte Ersparnis von 471,000 Mark bezieht sich nur auf die alten Verwaltungen (höchst), und zwar nur deren Bureau-beamten. Die großen materiellen Ersparnisse, die wir durch die Vereinigung der alten und der neuen Verwaltungen erwarten, konnten hier noch gar nicht berücksichtigt werden; namentlich nicht die erheblichen Summen, die erst nach Uebergang des Eigenthums der neuen Bahnen an den Staat zu erwarten sind.

Die neue Organisation wird als eine große Reform dargestellt. Aber obwohl sie manches Gute enthält, in Wirklichkeit wird Alles beim Alten bleiben. Die große Staatsbahnindustrie in Preußen ist nur durch die Centralisirung zu betreiben und trotz aller schönen Worte von Decentralisation, Verminderung des Schreibwesels, Vermehrung der persönlichen Verantwortlichkeit, Beseitigung der Collegialreform wird von allem sehr wenig herauskommen, es wird in Wirklichkeit bleiben wie bisher und wie es in der That nicht anders betrieben werden kann. Mit der Auflösung der kleinen Directionen in Münster, Saarbrücken und Wiesbaden wird das Haus, das sie selbst früher verlangt hat, einverstanden sein. Auch die Gebiete für die neuen großen Directionen sind im Allgemeinen richtig abgegrenzt. Im Osten wird ja wenig verändert, desto mehr im Westen. Aber wie denken sich die Anhänger der Garantien das Verhältnis ihrer Provinzialräthe zu den Directionen? Die in Bromberg, welche 2500 Kilometer umfaßt, beherrscht Ost-, Westpreußen, Posen, Pommern und Brandenburg, würde also mit 5 Provinzialvertretungen zu verhandeln haben; ebenso die Direction in Berlin. Die jetzige Niederschlesische-Märkische umfasst Schlesien, Brandenburg, Pommern und Sachsen. Die Direction in Hannover erstreckt sich auf Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Sachsen und die Rheinprovinz. Ebenso ist es mit der großen Direction in Frankfurt. Wollte man ein Collegium von 50–80 Personen in diesen Eisenbahnräthen versammeln, dann würde die Sache überaus unpraktisch und der Generalpostmeister mit seiner im Herrenhause geübten Kritik belächeln umgänglich sein. Die collegialische Verfassung bei den Directionen, die jetzt aufhören soll, bestand thatsächlich nur dem Namen nach, in Wirklichkeit machte der Vorsitzende mit dem Decernenten die Sache allein und es ging auch in der That nicht anders. Die Formirung von 3 Abtheilungen mit je einem Dirigenten an der Spitze erscheint zweckmäßig und es würde sich vielleicht empfehlen, die collegialische Form insofern beizubehalten, daß die wichtigsten Gegenstände vom Präsidenten der Direction mit den 3 Abtheilungs-Dirigenten entschieden werden. Die Vorlage der Regierung schließt zwar etwas Nützliches nicht geradezu aus, sie kennt auch bei wichtigen Angelegenheiten gemeinsame Conferenzen der Directionsmitglieder bez. der betreffenden Abtheilung, aber nur in Form der Berathung, unbeschadet der persönlichen Entscheidungsbefugnis der Directoren.

Die Eisenbahnbetriebsämter entsprechen den jetzigen Commissionen, sind aber mit Recht den Directionen wirklich unterstellt. Zweckmäßig ist die Einrichtung einer Betriebs-, Maschinen- und Bauabtheilung bei denselben unter einem verantwortlichen Chef. Möge man nur bei Besetzung dieser Stellen nicht das juristische Element prävaliren lassen, sondern Architekten, Bau-Ingenieure und Maschinen-Ingenieure anstellen. Der Vorstoß in der Direction wird in der Regel dem juristischen Mitgliede zufallen; aber auch hier sollte eine angemessene Parität obwalten, vorausgesetzt daß man Techniker mit hinreichender administrativer Beifähigung zur Verfügung hat. Die Vorbildung vieler L. Affessoren, die in die Directionen eintreten, war bekanntlich bisher eine außerordentlich mangelhafte und lächerliche; sie soll in Zukunft durch Einrichtungen an unseren höheren Fachinstituten erleichtert werden. Wollen Weisfall verdient es, daß in Zukunft geeignete qualifizierte Personen auch ohne höhere Staatsprüfung in die Eisenbahnverwaltung eintreten und zu den höheren Stellen aufrücken können, z. B. Kaufleute, die in der Verwaltung der westlichen Bahnen Vortragsstellen geleistet haben. Die diätarische Anstellung der Unterbeamten wird bewirken, daß sie dahin drängen, die Lebensmittel in den östlichen Provinzen durchschnittlich 25–30 Procent billiger als in den westlichen und noch viel billiger als in der Industriebezirken, wie z. B. Oberschlesien, Westfalen, Saarbrücken, Aachen u. a. D. Die Verbesseung eines Beamten aus dem Osten in die theuren Verhältnisse des Westens kann zu einer thatsächlichen Strafversetzung werden. Auch in anderen Nothfällen sollte dieser Ungerechtigkeit ein Ende gemacht werden nach dem Muster der Militärverwaltung, welche Verbesseungszuschüsse gewährt, die je nach den Garnisonen oft im Verhältnis von 1 zu 2 und zu 3 differiren. Die in der Verwaltung in Aussicht genommene Ersparnis von 471,000 Mark ist ein verschwindend kleiner Gewinn gegenüber dem Umfang und dem Risiko des Geschäftes, das der Staat übernimmt, und in einigen Jahren wird die Hydra der Bureaukratie neue Köpfe aufweisen. Was ist aus den schönen Reden von Ersparnissen, von Verminderung der Stellen

und Besoldungen bei Einführung der Selbstverwaltungsgehalte geworden? Gar nichts! Der Staat, wenn er Industrie treibt, arbeitet theurer als Privatverwaltungen.

Minister Albenbach hat in Folge dessen 1875 auf einen Schub 4000 Beamte in den unteren Kategorien angestellt. Es hört sich recht gut an, man wolle Ersparnisse machen und die unteren Beamten nicht mehr etatsmäßig anstellen, wenn man ihnen die Beamtenqualität läßt. Das mag jetzt, wo an Arbeitern ein großer Ueberfluß herrscht, ohne Gefahr geschehen; wenn aber Arbeitermangel herrscht, dann kann es passieren, daß die diätarisch angestellten Unterbeamten eines Tages sagen: wir bleiben bei dieser lächerlichen Besoldung nicht und suchen Privatdienst. Verloren ist dies System, weil die Diäten in Zukunft höchstens das Minimum der festen Gehälter betragen werden, die Privatbahnen es adoptirt haben und weil es die Bewegung der Verwaltung erleichtert. Aber der Minister muß auch die Konsequenzen seines Programms auf sich nehmen und nicht bloß das Fleisch essen wollen, sondern auch die Knochen mitnehmen. Die Rente aus den erworbenen Bahnen wird jetzt etwas nützlicher beurtheilt als damals, als es sich um ihre Erwerbung handelte. Bei der in Aussicht genommenen Mehreinnahme von 3,300,000 Mark muß der Wegfall der Rücklagen, der Ertrag aus dem Verkauf alten Materials, der jetzt unter den allgemeinen Einnahmen verrechnet wird, zusammen etwa 5 Millionen Mark, und die wegfallende Eisenbahnabgabe von 1,343,000 Mark in Betracht gezogen werden. Die Zinszuschüsse, auch wenn sie in Wirklichkeit nicht mehr vom Staat gezahlt werden, sollten nach wie vor ersichtlich bleiben, damit die Wäsis für die Beurtheilung der Lage über die Versorgung einzelner Provinzen nicht verloren gehe. Ferner sollten im Etat die einzelnen Linien nicht in toto, sondern Haupt- und Nebenlinien getrennt aufgeführt werden, damit die Unerwartungen unter den letzteren erkennbar sind.

Was die Pensionirung der Unterbeamten betrifft, so bezog das diätarisch angestellte Personal bis zum Pensionirungsgesetz von 1872 Pensionen, Witwen- und Waisenunterstützungen aus besonderen Kassen, zu denen der Staat namhafte Beiträge leistete, während die Beamten das Uebrige aufbrachten. Seit 1872 sind nun diese Beamten etatsmäßig mit Staatspensionen und Witwenunterstützungen angestellt. Diese Belastung der Staatskasse geht aber über das Bedürfnis hinaus und es empfiehlt sich, das frühere Verhältnis wieder herzustellen, bei welchem auch die Beamten sich sehr wohl fühlten. Diese Umkehr trifft aber nicht die alten, sondern nur die neu angestellten Beamten. Auch in Hannover hat man 1856 eine gleiche Einrichtung wie bei uns 1872 geschaffen, fand aber, daß die Staatskasse auf die Dauer diese Belastung nicht ertragen konnte und kam deshalb schon Anfang der 60er Jahre von dieser Einrichtung zurück, zugleich um einen Ausgleich der lokalen Preisverhältnisse durch verschiedene Befolgung zu ermöglichen. Auch wir hoffen diesen letzten Zweck durch die diätarische Beschäftigung ohne Belastung der Staatskasse zu erreichen. Ein Bahnwärter in den billigen Gegenden Ostpreußens darf nicht gerade so gestellt sein, wie einer in den theueren Gegenden der Rheinprovinz. Auf alle in den früheren Vorlagen in Aussicht gestellten Ersparnisse schon bei diesem Etat einzugehen, war technisch unausführbar. Sie traten nicht über Nacht ein; aber schon im nächsten Etat hoffen wir sie Ihnen vorführen zu können mit einem befriedigenden Ergebnis, das Ihnen die Ueberzeugung von noch weiter zu erwartenden Resultaten verschafft. Wir haben schon beim vorigen Etat die Uebersicht über die Erträge der verschiedenen Linien gegeben und sind bereit, eine solche auch in Zukunft auf Verlangen bei dieser und jener Linie zu geben. Ich bitte Sie aber, dies nicht generell für alle Linien zu verlangen, da dies eine sehr mühselige und kostspielige Rechnung ohne entsprechenden Nutzen machen würde, durch welche ein großer Vortheil — den wir durch die Vereinfachung der Verwaltung erzielen — verloren ginge.

Es ist ja gerade ein großer Vorzug der von Ihnen eingeleiteten Eisenbahnpolitik, daß wir den Nutzen, den wir in einem Anseheile geschaffen, dem andern dadurch mittheilen können, daß wir ihn reicher mit Eisenbahnen ausstatten, und den Landestheile, der wegen der reicheren Verkehrsmittel der anderen Landestheile zurückgeblieben ist, an dem Vortheile, einem großen mächtigen Staate anzugehören, theilnehmen lassen. Die Reorganisation mußte sich an das Bestehende anschließen. Wir haben den Grundgedanken aufrecht erhalten, aber die Mängel der zu starken Centralisirung und der Commissionseinrichtungen, die nur zu hemmenden Reibungen und Kosten führten, aufgegeben. Bestimmte Befugnisse sind beim Minister geblieben, der Schwerpunkt der Verwaltung liegt nun in der Provinz. Die Localinstanzen, die Bezirksbehörden stehen unter den Provinzialbehörden und das Publikum weiß nun, an wen es sich zu wenden hat, um diesen oder jenen Wunsch befriedigt zu sehen. Wenn bisher ein Reisender in der Provinz ein Coupee nicht genügend geheizt fand oder mit schlechtem Kaffee auf irgend einer Station geärgert wurde, so wandte er sich an den Minister. Wenn erst das Gefühl erweckt ist, daß man in der Provinzialinstanz Abhilfe findet, so wird man sich an die wenden und die Decentralisation in dieser Hinsicht ganz von selbst eintreten. Es kommt nur darauf an, die richtigen Personen an die richtige Stelle zu setzen; ich habe dabei keine Vorliebe für das administrative oder das technische Element, es kommt mir nur auf den Mann an, und wenn er die nöthigen Eigenschaften besitzt, so werde ich wahrlich nicht darauf sehen, woher er seine Vorbildung geschöpft hat. (Sehr gut!)

Die neue Organisation wird beweisen, daß ich das technische Element nicht zurückgestellt habe; an der Spitze der Betriebsverwaltung werden mehr Techniker stehen, als bisher an der Spitze der Commissionen, ja auch mehr, als juristische und administrative Beamte überhaupt. Wir wollen auch auf Kräfte aus anderen Berufsständen Rücksicht nehmen; allein tüchtige Kaufleute werden sich leider nur selten an uns wenden, da die finanzielle Seite der Stellung eines Eisenbahndirectors für einen begabten, erfahrenen Kaufmann selten viel Reiz hat. Gegenüber den Bedenken des Vorredners über die Einrichtung der Eisenbahnbezirksräthe weise ich darauf hin, daß wir schon jetzt die großen Complexe im Osten und im Westen haben, und doch die Bezirksräthe schon mit gutem Erfolge bestehen. Wir haben aus allen Landestheilen nur beifällige Aeußerungen über dieselben vernommen und aus den Gebieten der neu erworbenen Bahnen wurde schon jetzt bei mir mehrfach die Steuererhebung derselben beantragt. Ich werde diesen Wünschen stattgeben. Die neue Organisation wird also vor der alten den Vorzug haben, daß dem localen Bedürfnis mehr entsprochen wird und wir Zustanzen haben, die bei eigener Verantwortung die Verkehrsbedürfnisse in vollem Maße übersehen können. Damit dies in erhöhtem Maße der Fall sei, mußte die collegialische Verfassung beibehalten werden. Dieselbe eignet sich nicht für Behörden, die wesentlich auf rasche Execution angewiesen sind; wir haben sie auch nicht bei der Post, der Provinzial-Steuer- und ähnlichen Verwaltungen. Wenn wirklich der leitende Director eines solchen Collegiums immer den Ausschlag gab — ich kann dies freilich nicht überall gelten lassen — so soll er auch nach außen hin die volle Verantwortlichkeit und keine Gelegenheit haben, bei Dingen, die ihm vielleicht nicht passen, sich hinter die Coullisse des Collegiums zurückzuziehen. Wir haben bei den Mehreinnahmen allerdings die Rücklagen einbezogen, welche bisher bei den Privatbahnen regulativmäßig zu machen waren und auch in Zukunft zu machen sind. Die Verwaltungen haben mir aber die lebhaftesten Anträge auf Ermäßigung dieser angeblich zu hohen Rücklagen gemacht, und die Regierung wird kaum umhin können, diesen Anträgen, wenigstens in gewissem Sinne, stattzugeben.

Im Etat für 1880 sind für Erneuerungszwecke 6,542,000 M. eingestellt, während 1870 unter Zurechnung des alten Materials, factisch nur 5,332,000 Mark bei denselben Bahnen aufgewendet sind, also um 1,200,000 Mark weniger. Wir haben andererseits in den Eisenbahnetat auch die Positionen aufgenommen, welche bisher unter dem Titel: „Beihilfe des Staats an Privat-Eisenbahnen, Zinsen“ aufgeführt waren, eine Summe, die sich auch nach Abzug der jetzt schon convertirten Prioritätsanleihen noch auf 3,869,000 M. beläuft. Wir verlieren fernerhin die Zinsen, welche die Eisenbahngesellschaften jährlich aus ihren Beständen erzielen konnten, weil wir die Bestände sofort an die Staatskassen abzuliefern haben. Diese Zinsen betrugen 1878 zusammen 1,955,000 M. und kommen jetzt der Staatskasse zu gute. Trotzdem ergibt sich noch immer ein Ueberschuß von 3 Millionen

Mark und wenn Sie bedenken, daß die Rücklagen für die Erneuerungsfonds zu hoch gegriffen sind, noch 5,018,000 M. nach meiner Rechnung. Der Finanzminister wird vielleicht in Folge der an anderen Stellen des Etats eingetretenen Veränderungen die Summen etwas anders berechnen, aber de facto ist das Deficit aus dem Ordinarium verschwunden. Die wesentlichen Vortheile werden sich, wie gesagt, erst in der Zukunft herausstellen. Hoffen wir, daß von allen Seiten des Landes uns in der Erzielung dieser Vortheile die Unterstützung zu Theil wird, auf die wir in diesem Hause in so reichem Maße hoffen dürfen, und daß die wirtschaftlichen Vortheile der Staatsbahnpolitik auch durch einen entsprechenden finanziellen Erfolg getragen und gerechtfertigt werden. Wir halten uns endlich nicht für berechtigt, auf Grund dieses nur bis 31. December 1880 reichenden Etats die Verwaltung ohne Ihre Zustimmung in derselben Weise weiterzuführen, und werden Ihnen daher beim Beginn der nächsten Session sofort einen Nachtragsetat für das 1. Quartal 1881 vorlegen.

Minister Bitter: Nach den Berechnungen, welche ich in Folge der Veränderung des Eisenbahnetats habe anstellen lassen, wird der Ueberschuß über die bisher angenommenen Reinerträge betragen 4,774,689 Mark. Dazu treten 300,000 M., welche aus den Reinerträgen mehr als bisher in dem Etatentwurf angenommen war, an die preussische Regierung werden abgeführt werden können; es kommen also 5,074,689 M. als Mehreinkünfte dem Etat zugute. Das Deficit des diesjährigen Etatentwurfs betrug 5,607,350 M. im Ordinarium. Dieses würde also bei Genehmigung des Nachtragsetats und Berücksichtigung der 300,000 M. Reinerträge auf 532,661 M. vermindert. Ich behalte mir vor, die speziellen Zahlen noch weiter zu präcisiren, sobald den Berechnungen der Budgetcommission gegenüber die noch zu erwartenden Abstrichungen und sonstigen Etatsveränderungen bestimmt werden können. Im großen Ganzen aber darf ich wohl bestimmt sagen, daß ein irgend erhebliches Deficit im Ordinarium nicht mehr existirt.

Abg. Ridert: Die letzten Ausführungen des Finanzministers will ich nicht bestritten, man könnte sich die spezielle Summe mit Hilfe der Vorlagen selbst ausrechnen. Das Deficit im Ordinarium verschwinden zu machen, war sehr leicht, wenn man von Rücklagen für die Erneuerungsfonds absieht und keinen Pfennig für das Extraordinarium der neu angekauften Eisenbahnen ansetzt, während die alten Bahnen ein Extraordinarium von 7 1/2 Millionen haben. Und gewiß wird es dem Eisenbahnminister nicht schwer werden, sofern nicht eine unerwartete unglückliche Veränderung der wirtschaftlichen Zustände eintritt, den Finanzminister in den ersten Decennien mit den Resultaten der neu erworbenen Bahnen zufrieden zu stellen. Der hintere Bote kommt aber vielleicht nachher. Ich beantrage, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen. Die Regierung erklärt, daß sie auf Grund dieses Nachtragsetats sich nicht für berechtigt hält, im ersten Quartal 1881 ebenso weiter zu wirtschaften.

Wäre nur wenigstens in den Motiven bemerkt worden, ob sie die durch das Aufkaufgesetz ihr gegebene allgemeine Vollmacht so auffaßt, als ob die spezielle Vollmacht durch den Etat dadurch entbehrlich würde. Wenn nun aber, wie wir im Interesse der Erledigung der Geschäfte wünschen müssen, im nächsten Jahre der Reichstag vor dem Antrag zusammenberufen würde, so müßte die Regierung für den Eisenbahnetat für das 1. Quartal 1881 eine Extrassession machen. Es würde sich also empfehlen, schon jetzt die Verlängerung dieses Etats vorbehaltlich etwaiger Nachtragsetats für das erste Quartal 1881 gesetzlich festzustellen, denn die Regierung kann ohne diese Specialvollmacht nicht weiter wirtschaften. Die formelle Aenderung des Eisenbahnetats in dieser Vorlage ist für die Budgetcommission höchst unangenehm. Der Minister hätte uns, glaube ich, den neu formulirten Etat schon zu Anfang der Session vorlegen können, vermuthlich hat er uns nicht diese unangenehme Ueberraschung bereiten wollen und ist darin nur den andern Verwaltungen gefolgt. Ich freue mich, daß die Regierung auf eine weitere Specialisirung eingehen will, und glaube, die Budgetcommission wird eine solche verlangen müssen, da der Nachtragsetat auch viele materielle Veränderungen enthält. Ich finde es ganz richtig, daß die Regierung die Veranschlagungen der Bahnen so acceptirt hat, wie sie ihr von diesen vorgelegt sind. Ich frage aber, ob sie den Etat beigefügt, Uebersichten über die Einnahmen und Ausgaben der Köln-Mindener Bahn u. s. w. den Charakter von Specialsetats im Sinne der bei den alten Bahnen aufgestellten Specialsetats beilegt. Das Haus muß darauf bestehen, daß auch solche Specialisten, nach Titeln geordneten und im Einzelnen verbindlichen Etats aufgestellt werden, und deshalb müssen diese Uebersichten als solche verbindliche Specialsetats aufgeführt werden.

Minister Maybach: Die Staatsregierung ist mit der vollständig veränderten Etatsaufstellung erst so spät vor das Haus getreten, weil die Verhandlungen über die neu zu erwerbenden Bahnen erst zu einer Zeit zum Abschluß gelangten, als der Etat in der früheren Weise bereits aufgestellt war. Nach Lage der Verhältnisse war es leider nicht möglich, Sie früher mit dieser Arbeit zu beassen.

Geb. Rath Kaymund: Die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen sollen an Stelle der früheren Specialsetats treten und namentlich die Oberrechnungskammer gegenüber die Grundlage der Rechnungslegung bilden.

Abg. Windthorst kann seine Bedenken gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht aufgeben, will sich aber dem einmal gefaßten Beschlusse fügen und glaubt, sich mit der von dem Minister befolgten Tendenz einverstanden erklären zu können; er giebt aber zu bedenken, ob nicht die Zahl der Eisenbahn-Directionen noch verringert werden könne. Namentlich könnte die in Kassel mit der in Frankfurt a. M. und die in Magdeburg mit der in Hannover vereinigt werden; es sei doch nicht recht verständlich, die Bahn Hannover-Altenbeken, die vor den Thoren Hannovers liege, von Magdeburg aus zu verwalten. Redner empfiehlt schließlich dringend, den Beamten der angekauften Bahnen gegenüber mit möglichster Schonung zu verfahren.

Minister Maybach: Die Direction in Kassel für die Main-Weser Bahn muß vertragsmäßig bestehen bleiben; es steht jedoch zu erwarten, daß mit der großherzoglich hessischen Regierung darüber ein Einverständnis herbeizuführen sein wird. Die Verlegung der Direction der Hannover-Altenbeken von Magdeburg nach Hannover ist in Aussicht genommen und wird erfolgen, sobald der eingeleitete Eigenthumswechsel perfect geworden. Die Beamten werden eine Verantheiligung nicht erfahren; wenn sie in den Staatsdienst treten, erhalten sie auch alle Vortheile der Staatsbeamten.

Abg. Hammer kann die Bedenken Bergers gegen die diätarische Anstellung der Eisenbahnbeamten nicht theilen und empfiehlt die neu eingerichteten Eisenbahndirectionen, die eine geeignete Instanz für Beschwerden seien, während bisher alle Beschwerden im Ministerium zusammenliefen. Redner spricht sich gegen die Verminderung der Zahl der Eisenbahndirectionen aus, denn es komme dabei weniger auf den ersten Betrieb, als auf die intensive Bedeutung der Eisenbahn für den betreffenden Bezirk an und er, Redner, möchte eher empfehlen, am Niederrhein und in Oberschlesien, d. h. in den Industriebezirken, die Zahl der Eisenbahndirectionen zu vermehren. Der Etat der Eisenbahnen wäre in diesem Augenblicke sehr schwierig aufzustellen, einmal weil die Verhältnisse der neu erworbenen Bahnen der Regierung noch nicht speciell bekannt seien und dann wegen der Steigerung in den Kohlen- und Eisenpreisen. Deshalb werde auch eine Mehreinnahme beim Eisenbahnetat nicht eintreten, sondern eher beim Vergewerkstat. Redner bittet ferner den Minister, dafür zu sorgen, daß die noch nicht für andere Zwecke bestimmten Erneuerungsfonds zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse verwendet werden; es habe sich nämlich durch die gesteigerte Kohlen- und Eisenproduction ein Wagonmangel herausgestellt; die Verstaatlichung der Bahnen treffe in einen ungünstigen Zeitpunkt und man solle dafür sorgen, daß nicht Mißmuth oder Mißtrauen im ersten Stadium eintrete.

Abg. Graf Limburg-Stirum kann sich dem Wunsche des Abg. Ridert auf größere Specialisirung der einzelnen Titel nicht anschließen; es werde dadurch weder erhöhte Controle noch eine größere Sparsamkeit herbeigeführt; denn ein reichlich dotirter Titel werde erschöpft, ein spärlich dotirter leicht überschritten werden. Vorläufig solle man dem Minister freie Bahn lassen. Die Annahme der Vorlage enthalte allerdings ein Ver-

trauensvotum für den Minister, allein nach seinen Leistungen könne man ihm dies Vertrauen wohl schenken.

Abg. Richter tritt der Anschauung des Vorredners entgegen, als ob die Specialisirung der Staatsorgane der Staatsverwaltung veranlaßt habe, die bewilligten Gelder möglichst zu verbrauchen, weil der Titel sonst gestrichen werden könnte. Derartige Fälle seien ihm nicht vorgekommen, obgleich er nicht bestreiten wolle, daß man in einzelnen Fällen mit der Specialisirung zu weit gegangen sei.

Die Vorlage geht an die Budgetcommission.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der Homburger Eisenbahn, wird dem Antrage der Budgetcommission gemäß in zweiter Lesung angenommen.

Auf den Antrag der Rechnungscommission werden die für das Jahr 1878/79 nachgewiesenen Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben genehmigt, nur eine Mehrausgabe von 101,490 M. 36 Pf. für den Neubau des Regierungs- und Oberpräsidialgebäudes in Schleswig wird nicht genehmigt.

Das Haus legt die zweite Berathung des Entwurfs eines Feld- und Forstpolizeigesetzes mit dem § 25 fort; derselbe bedroht denjenigen mit Strafe, der unbefugt Dungsstoffe von Aedern u. s. w. aufammelt, Knochen gräbt oder Nachlese thut. Gemeinsam damit wird § 26 discutirt, der mit Geldstrafe bis 50 M. oder Haft bis 14 Tagen denjenigen bestraft, der unbefugt Steine, Schutt u. auf Grundstücke bringt, todt liegende Läst, vergräbt, niederlegt oder aufhängt und Vienenlöcher aufstellt.

Abg. Zehrt führt aus, daß den kleinen Leuten stets das Recht zugestanden worden sei, Nachlese zu halten; auf dem platten Lande lebten viele tausende Familien davon, die man durch Entziehung dieser kleinen Vortheile dem Pauperismus in die Arme treibe.

Oberforstmeister Donner bemerkt, daß diese Bestimmung schon in der Feldpolizeiorordnung sich finde.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) wendet sich gegen die frühere Aeußerung des Ministers, daß die Vorlage niedrigere Strafen festsetze, als die alte Feld- und Forstpolizeiorordnung; es sei dies nur in einem einzigen Falle geschehen; in den anderen Fällen habe man das Minimum der Strafe verdoppelt, von 50 Pf. auf 1 M. Alle Fälle könne man doch nicht treffen, deshalb wäre es besser, wenn man einen allgemeinen Paragraphen, ähnlich dem § 366 des Reichsstrafgesetzbuchs zu formuliren suchte, der eine ganze Reihe der hier vorgeschlagenen Bestimmungen entbehrllich machen würde.

Minister Lucius: Er habe nicht behauptet, daß die Strafmilderungen gegenüber der Feldpolizeiorordnung von 1847 eingetreten seien, sondern hauptsächlich gegenüber den verschiedenen alten Forstordnungen mit ihren vielfach exorbitanten Strafen.

Abg. Windthorst: Das Leben habe es nun einmal mit sich gebracht, daß neben dem Eigentumsrecht an Wald und Feld ein Nutzungsrecht dritter, hauptsächlich armer Personen bestehe; deshalb müsse man bei dieser Frage vorichtig sein. Die Vorlage erkenne dies an, indem sie stets von „unbefugten“ Handlungen spreche. Es müsse nur klar gestellt werden, was unter „unbefugt“ zu verstehen sei; soll es sich dabei um einen Rechtsmittel handeln? Eine Gemeinde in Hannover habe den Forstfiskus verklagt, weil ihr das Beeren- und Pilzessammeln verweigert worden sei, welches sie thatsächlich eine lange Reihe von Jahren geübt habe; das Gericht habe die Klage abgewiesen, weil nicht nachgewiesen sei, daß es sich um die Ausübung eines Rechtes der Gemeinde handle. Allerdings ständen die Vorschriften schon in manchen Gesetzen, aber sie ständen eben nur auf dem Papier, das Leben sei stärker gewesen und habe sie außer Anwendung gebracht. Das beweise eben nur, wie verkehrt es sei, die Materie für das ganze Land zu regeln. (Sehr richtig!) Man müsse mit großer Vorsicht verfahren und überall feststellen, ob ein verbrecherischer Dolus und Gewinnlust vorhanden sei. Sonst könnte die Mithimmung leicht sich so weit ausdehnen, daß auch die ländlichen Elemente der Socialdemokratie zugeführt werden. (Zuruf von rechts: Umgekehrt!) Die Angriffe gegen das Eigentum seien durch dessen Mißbrauch hervorgerufen, hauptsächlich beim Capital; daher das Anwachsen der Socialisten in den Städten. Man solle sich heut in Acht nehmen, den Mißbrauch des Eigentums auf dem Lande durch solche Bestimmungen zu erleichtern. (Beifall.) Den Leuten, welche auf ihrer Scholle wohnen, würde er, Redner, dies Gefühl gern geben, wenn sie hätten ein Verhältniß für die Bezahlung der armen Leute, nicht aber die großen Herren, die in Paris, Wien, Berlin u. s. w. lebten und ihre Güter durch Administratoren verwalten ließen, die keine Liebe für Land und Leute hätten. Redner empfiehlt deshalb, diese Punkte örtlich zu regeln.

Abg. Simon von Rastrow bezeichnet als „unbefugte“ Nachlese diejenige, die nicht vom Nutzungsberechtigten und nicht mit Erlaubnis desselben vorgenommen wird.

Abg. Graf York: Nicht die Nachlese überhaupt soll verboten werden, sondern nur die unbefugte Ausübung derselben; wir wollen sie unseren armen Leuten gestatten, aber die Schaaßen von Städtern, die sich zur Erntezeit über unsere Felder ergießen, abwehren.

Referent v. Heydebrand: Die Befugnis zur Nachlese kann hervorgehen aus einem Rechtsmittel oder aus der Erlaubnis des Besitzers; diese Fragen müssen der Entscheidung des Richters überlassen bleiben, im Gesetze selbst find sie nicht speciell anzuführen.

§ 25 wird angenommen, dagegen im § 26 die Worte „oder aufhängt“ gestrichen.

§ 32 bedroht denjenigen, der, abgesehen von den Fällen des § 308 des Strafgesetzbuchs, eigene Torfmoore oder Haidekraut, Büden oder ähnliche Gegenstände in Brand setzt oder im Falle ertheilter Erlaubnis die angeordneten Vorsichtsmaßregeln außer Acht läßt, mit Strafe bis 150 Mark oder Haft.

Abg. Silers beantragt folgende Fassung: „Mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft wird bestraft, wer, abgesehen von § 308 des Strafgesetzbuchs, eigene Torfmoore, Haidekraut oder Büden, im Freien ohne vorgängige Anzeige bei der Ortspolizeibehörde oder bei dem Ortsvorstande in Brand setzt oder die bezüglich dieses Brennens polizeilich angeordneten Vorsichtsmaßregeln außer Acht läßt.“

Oberforstmeister Donner erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, worauf er angenommen wird.

Nach § 36 soll mit Geldstrafe bis 50 M. oder mit Haft bestraft werden, wer aus Forstgrundstücken unbefugt 1) außerhalb der Wege mit Werkzeugen oder Geräthen, welche zum Fällen, Sammeln oder Wegschaffen von Holz oder anderen Walderzeugnissen geeignet sind, sich aufhält; 2) Holz ablagert, bearbeitet, beschlägt; 3) Einfriedigungen übersteigt; 4) Forstculturen betritt; 5) solche Schläge betritt, in welchen die Holzhauer mit dem Einschlagen oder Anarbeiten der Hölzer beschäftigt, oder welche zur Entnahme des Abraums nicht freigegeben sind.

Referent v. Heydebrand und Geh. Rath Sterneberg empfehlen die Annahme dieser Commissionsvorschlüge.

Abg. v. Fürth will die Nr. 1 streichen und beantragt eventuell eine andere Fassung dahin, daß nur dann die Bestrafung erfolgen solle, wenn jemand „ein Geräth bei sich führt, welches zum Sammeln von Holz, Gras, Streu oder sonst seiner Beschaffenheit nach dienlich ist.“ Mit diesem eben. Antrag erklärt sich die Regierung einverstanden.

Abg. Seeli g beantragt ebenfalls die Nr. 1, mindestens aber die Worte „oder anderen Walderzeugnissen“ zu streichen und in der Nr. 4 hinter „Forstculturen“ hinzuzufügen, „welche als solche deutlich bezeichnet sind.“ Es handle sich nicht darum, alte gesetzliche Vorschriften zu codificiren; man müsse die alten Gesetze revidiren und der Neuzeit anpassen.

Abg. v. Hammerstein zieht daraus den Schluß, daß es notwendig sei, die Strafbestimmungen zu verschärfen gegenüber den zunehmenden Verbrechen und Vergehen. Es werde aber Niemand auf den Gedanken kommen, harmlose Botaniker unter dieses Gesetz zu stellen. Gebe man den Forstbesitzern nicht den genügenden Schutz, so würden sie zur Selbsthilfe greifen, bei der oft ein Menschenleben in Gefahr komme. Ein altes Sprichwort sage: „Die Furcht muß das Holz warten.“ Gewartet werde das Holz auch später werden, aber das Holz habe zu wählen, ob es gewartet werden solle durch die Furcht vor dem Gesetz oder durch die Furcht vor der Selbsthilfe. Wählen Sie, Sie haben aber die Verantwortung! (Beifall rechts.)

§ 36 wird unverändert angenommen.

§ 38 fixirt eine Geldstrafe bis 50 M. für denjenigen, der im Walde erkrankt oder ihm zuteilendes Holz 1) innerhalb der festgesetzten Zeit fortzuschaffen unterläßt; oder 2) ohne Genehmigung oder an anderen als den bestimmten Tagen oder auf anderen als den bestimmten Wegen fortzuschaffen.

Abg. Träger beantragt den ganzen Paragraphen abzulehnen. Derselbe schädige das Interesse der Waldbesitzer selbst; er enthalte bisher noch gar nicht dagewesene Bestimmungen. Wenn dem Auctionator von Holz an der schnellen Wegschaffung liege, könne er sich durch Conventionalstrafen helfen. Eine criminalrechtliche Bestrafung des Contractbruchs, wie ihn der Paragraph vorschläge, sei aber ein privilegium odiosum für den Waldbesitzer und leiste der Civilisten Vortheil. Ohne Noth werde Niemand Holz im Walde verkaufen lassen. Die Forstbeamten, welche ihre Ueberfälle an Kraft in der Selbsthilfe zum Ausdruck bringen wollten, würden sich davon auch durch das Gesetz nicht abhalten lassen. Eventuell beantragt Redner, da es

sich nur um Privatverhältnisse handle, die Bestrafung nur auf Antrag eintreten zu lassen.

Geh. Rath Sterneberg verteidigt den Paragraphen, der nur ältere Bestimmungen mildere, damit, daß durch die nicht rechtzeitige Abfuhr von Holz große Gefahr der Insectenverbreitung entstehe.

Abg. Leonhard bekämpft die Nr. 1 des Paragraphen als eine juristische Ungeheuerlichkeit, indem er ebenfalls Conventionalstrafen für ausreichend erklärt.

Abg. v. Heereman hält den Paragraphen für ein hervorragendes Beispiel der Uebertheilungen, die das Gesetz enthalte (Sehr richtig!), da er für rein privatrechtliche Interessen Criminalstrafen einführe, obwohl überall schon durch Privatbestimmungen die Zeit der Holzabfuhr vollkommen geregelt werden könne. Zum Schutze der Wälder gegen Insectengefahr habe das Strafgesetzbuch schon genügende Bestimmungen.

Die Nr. 1 des § 38 wird abgelehnt, die Nr. 2 mit dem Zusatz angenommen, daß die Verfolgung nur auf Antrag eintritt.

Mit demselben Satze werden die §§ 39 und 40 angenommen.

Um 3¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Tagesordnung und kleinere Vorlagen.)

## Serrenhaus. 9. Sitzung vom 26. Januar.

12 Uhr. Am Ministertische Graf zu Stolberg, Bitter, Graf zu Eulenburg, Friedberg und mehrere Commissarien.

Neu eingetreten ist der Geh. Justizrath Bärger.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Kreisverbreitung im Kreise Herzogthum Lauenburg, wird auf Antrag des Referenten Fürst von Hatzfeld-Trachenberg ebenso wie im anderen Hause ohne Debatte unverändert angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung des durch Ueberschwemmung und Missernte herbeigeführten Nothstandes in Oberschlesien.

Referent v. Lettau beruft sich auf die ausführlichen Verhandlungen im anderen Hause und empfiehlt die Annahme der Vorlage in der dort beschlossenen Fassung. Es ist allerdings Gefahr vorhanden, daß die Energie und sittliche Kraft des Volkes durch Almosenempfang erlahmt und daß die Leichtgläubigkeit der ober-schlesischen Bevölkerung gefördert wird. Aber andererseits werden bloße Darlehen in Oberschlesien nicht genügen.

In der Generaldiscussion ergeht zunächst das Wort Fürst v. Pleß: Ich danke zunächst allen Wohlthätern unserer Nothstandsdistricte und der Presse aller Parteien, welche diese Wohlthätigkeit stets angeregt hat. Mein Name ist in den Verhandlungen des anderen Hauses so oft genannt worden, daß ich die Thatsachen richtig stellen muß. Der Abg. von Stalewski hat behauptet, daß die Latifundien des Grafen Renard von der österreichischen bis zur russischen Grenze reichten. Eine so große Besitzung giebt es bei uns überhaupt nicht. Es ist nicht richtig, daß die ober-schlesischen Arbeiter bei den Großgrundbesitzern wie die südamerikanischen Sklaven leben. Die ländlichen Arbeiter in der Provinz Posen, die Komornits wohnen und leben noch viel schlechter als die ober-schlesischen. Der Appell des Abgeordneten v. Sühne an die ober-schlesischen Großgrundbesitzer, nicht die Bauerngüter anzukaufen, war nicht richtig; denn meines Wissens ist das nicht der Fall. Die Behauptung des Abg. Löwe, daß der Kreis Pleß zum größten Theil dem Fürsten v. Pleß gehöre, ist nach den Grundsteuernachweisen der Regierung unrichtig. Kein in diesem oder Arbeitsverhältniß zum Fürsten v. Pleß stehender Mann hat seit dem Beginn des Nothstandes irgend eine officielle oder private Unterstützung an Geld oder Naturalien erhalten, noch wird das der Fall sein. Ich berufe mich dafür auf das Zeugnis des Regierungspräsidenten von Oppeln, v. Duadt. Ich acceptire das Versprechen des Abg. Löwe, daß seine Freunde uns im Reichstage bei der gesetzlichen Bekämpfung des Wunders unterstützen werden. Ein Vergleich der Latifundien in Oberschlesien mit denen der römischen Campagna ist durchaus nicht treffend. Die ober-schlesischen Latifundienbesitzer concurriren nicht hauptsächlich mit dem kleinen Ackerbauer, sondern mit dem großen Waldbesitzer des Staates. Aber wo nehmen die Herren des Forstbrius und des Freihandels die Stirn her, eine Concurrenz zweier in gleicher Weise besteuerten Individuen zur billigen Ernährung des Volkes jetzt zu verhorresciren, während sie dafür im Reichstage stundenlange Reden gehalten haben.

Der ober-schlesische Großgrundbesitz ist in seiner Heimath der Träger der Cultur. Er hat mit seinem baaren Gelde dort Eisenbahnen, Chaussees und Krankenhäuser gebaut. Mit ausgezeichneter Ortskenntnis behauptet der Abgeordnete Löwe, ich triebe keinen Vergnügen. Seit hundert Jahren ist das der Fall und seit zehn Jahren mit einer Verlesung von 1000 Mann. Mein Grundbesitz kostet mich alljährlich einen erheblichen baaren Aufschuß. Nichtsdestoweniger stelle ich den Betrieb nicht ein. Ob das die vom Großgrundbesitz losgelöste Industrie auch thun würde, bezweifle ich. Während Abg. Löwe behauptet, ich gäbe keine Arbeit, behauptet sein Fraktionsgenosse Birchow schürftig das Gegen-theil, ich müßte für große Etablissements die Ueberbürdung der Dörfer zu billigen Löhnen aus. Auch das ist nicht richtig. In meinen Wäldungen verkaufen alljährlich 30,000 Quadratmeter Kiefernholz, weil sie nicht gerodet werden können. Ich habe für diesen Zweck selbst Arbeiter aus Oppeln kommen lassen für einen Tagelohn von 1,50 bis 2 Mark. Die Arbeiter erhalten in einer Colonie auf meinem Besitz für 6 Thaler jährlich Wohnung, Feuerung, Stallung u. s. w. So beutet der ober-schlesische Großgrundbesitz seine Arbeiter aus. Was Armenunterstützung anlangt, so bin ich freiwillig in die Armenverbände von 33 Gemeinden eingetreten, deren Gesamtleistung über 6400 M. beträgt, während ich allein 1713 Mark dazu gebe. Unter den davon Unterstützten ist auch nicht eine Person, die in dienlichen Verhältnissen zu mir steht oder in gestanden hat; hingegen bezahle ich aus eigener Liberalität für in meinem Dienste invalide gewordene Arbeiter oder deren Wittwen und Waisen jährlich 21,379 Mark.

Die Behauptung des Abg. Birchow, daß durch die Kreisordnung der Großgrundbesitz von Schulden befreit sei, ist unrichtig. Die Kreisordnung beschäftigt sich nicht mit der Bildung von Schulgemeinden. Ich zahle zu 48 Schulen 75 Procent der Kosten, obwohl die Kinder meiner Leute nur den vierten Theil der Schüler bilden. Ich unterhalte eine evangelische und eine katholische Schule auf meiner Arbeitercolonie und habe das Gymnasium in Pleß mit 100,000 M. dotirt. Ich unterhalte viele Schulen zu gleichen Theilen mit dem Staat, obwohl ich dazu gesetzlich nicht verpflichtet bin. Die Partei des Abg. Birchow ist so grundfalsch ein Gegner des Adels, daß ich dem Forstbriusmann gegenüber zu gar nichts verpflichtet bin, als was das Gesetz mir auferlegt. Was darüber hinausgeht, ist meine freie Liberalität, in die sich der Abg. Birchow nicht zu mischen hat. Sollte es in diesen Zeiten zur Abwehr solcher Angriffe nöthig sein, daß man in pharisäischer Weise seine Wohlthaten in den Zeitungen ausposaunt, anstatt, daß nach christlichem Standpunkt die rechte Hand nicht wissen soll, was die linke thut. Ich bitte die Regierung um eine genaue Prüfung der Petition, aus welcher der Abgeordnete Birchow seine Angaben geschöpft hat; dieselbe wird sich als thatsächlich unrichtig erweisen. In den Nothstandskreisen muß man diejenigen Bezirke unterscheiden, welche Industriezentren sind, wo also kein Nothstand vorhanden ist. Die übrigen Districte sind zu unterscheiden in solche, welche einen einmaligen, und in solche, die einen immer wiederkehrenden Nothstand zeigen. Ursachen dieser letzteren Nothstände in den Kreisen Rybnik, Pleß und Lublitz ist die kalte und nasse Beschaffenheit des Bodens, die den Boden verstopfenden kleinen Fußläufe und die fortwährende unwirtschaftliche Parzellirung des vertheilten bäuerlichen Grundbesitzes, welche auf slavischen Traditionen beruht. Der Abg. Birchow würde sich etwa 1873 überzeugt haben, daß die Existenz des ober-schlesischen Arbeiters nicht mehr eine so erbärmliche war, wie 1847. Damals waren die Arbeiter gut genährt und gut gekleidet. Das kam daher, daß der genügsame ober-schlesische landwirthschaftliche Arbeiter einen geregelten Abfuhr seiner Producte nach den dortigen Industriebezirken hatte.

Der Nothstand originirt von der Aufhebung der Eisenzölle und dem damit in Verbindung stehenden oder wenigstens gleichzeitigen Rückgang der Eisenindustrie, was ich zahlenmäßig belegen kann. Unter den gegen den Nothstand zu treffenden Culturmäßigkeiten stelle ich die Regulirung der Wasserläufe, der kleinen Flüssen des Weichselgebietes oben an. Das Jaundationsgebiet dieser Flüsse ist ein ungeheures, und nur die Drainage kann diese Flächen erziehbil machen, wie das den Großgrundbesitzern gehörige bereits drainirte Gebiet beweist. Zu einer so großen Aufgabe ist aber die Hilfe des Staates unerlässlich. Die Regulirung der kleinen Fußläufe im Kreise Pleß würde 350,000 M. a fonds perdu kosten. Diese ist aber die Vorbedingung für jede Drainage, und die Summe ist gering im Vergleich zu den jetzt für den augenblicklichen Nothstand bewilligten Summen und gering im Vergleich zu den für andere Landesbeile verwendeten Landesmeliorations-Ausgaben. Die Kosten der Drainage einer Fläche von 15,000 Morgen mit 7,500,000 M. können auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe aufgebracht werden. Die Bildung solcher Drainage-Genossenschaften kann aber nach dem Charakter der dortigen Bevölkerung nicht von unten herauf erfolgen, sondern das muß durch einen besonderen Regierungsspecialcommissar geschehen. Zu diesem Zwecke müßte allerdings für die nächsten Jahre, um die nöthigen Vorstöße leisten zu können, der Dispositionsfonds des landwirthschaftlichen Ministeriums erheblich vermehrt werden. Nicht nur wird

durch ein solches Vorgehen der Boden der dortigen Kreise meliorirt, sondern auch auf 15—20 Jahre hinaus der dortigen Arbeiterbevölkerung eine reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen. Ich schließe mit einem Dank an die Regierung, welche den Nothstand mit wirksamen Mitteln bekämpft. Nehmen Sie die Vorlage unverändert an. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Gestatten Sie, daß ich auch im Namen des im Abgeordnetenhaus zurückgehaltenen landwirthschaftlichen Ministers dem Herrn Vorredner antworte und mich dabei auf seine zur Hebung des Nothstandes in Vorschlag gebrachten Maßregeln beschränke. Zu allen vom Fürsten Pleß angeregten Maßnahmen sind seitens der Regierung bereits einleitende Schritte geschehen. Besonders notwendig erachtet die Regierung auch die Regulirung der Wasserläufe durch Drainage und zwar, soweit nur irgend möglich, in Verbindung mit einer Zusammenlegung der so sehr zerstückelten Grundstücke. Es kommt nur darauf an, einen allgemeinen Plan aufzustellen, wie das ersehnte Ziel der Hebung des Nothstandes in kürzester Zeit und mit den wirksamsten Mitteln zu erreichen sei. Die Ausführungsbestimmungen stehen noch nicht genau fest, aber jedenfalls sollen alle formalen Schwierigkeiten vermieden und alle thörichten Gleichsetzungen gewährt werden, wie ich auch bereits mit dem Abenden von Commissarien vorgegangen bin, die mit Energie und Sachkenntnis operiren. Ich bemerke schließlich noch, daß die durch den Wucher hervorgerufenen Mißstände in Oberschlesien die besondere Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen haben und daß das Resultat der darüber gepflogenen Erhebungen der Reichsgesetzgebung als schätzbares Material überwiesen werden wird.

Graf Bäder beantragt die Enbloc-Akklamation der Vorlage. Er wünscht, daß die hier bewilligten Wohlthaten nicht in allzu bureaukratischer Weise auf die sogenannten Nothstandskreise beschränkt werden, während die an dieselben angrenzenden nothleidenden schlesischen Districte unberücksichtigt bleiben. Im Abgeordnetenhaus sind von Rednern über die ober-schlesischen Verhältnisse Behauptungen aufgestellt worden, welche deren Unkenntnis dieser Verhältnisse außer allem Zweifel stellen. Unverändert ist in Oberschlesien das Jaundationsgebiet der Oder, die mangelnde Communication und der sittliche und geistige Zustand der Bevölkerung. An diesen Punkten muß die helfende Hand eingehen. Der Bau von Secundärbahnen ist durchaus erforderlich. Man muß entrüstet sein über die Behauptung eines Redners im anderen Hause, daß eine solche Bahn nur gebaut werde, um einigen nothleidenden Grafen auszuheilen, und über die Frivolität, mit der man die Erörterung einer ersten Angelegenheit, wobei es sich darum handelt, einer nothleidenden Bevölkerung Brod und Arbeitsgelegenheit zu geben, dazu benutzt, um seine Abneigung gegen eine bestimmte Standesklasse auszuspochen. Die Staatsregierung darf sich dadurch nicht von nöthigen Subventionen für Secundärbahnen abhalten lassen. Die Oberregulirung muß beschleunigt werden. Der geistige und sittliche Zustand der dortigen Bevölkerung kann nur gehoben werden durch eine Förderung des deutschen Wesens. Der übermäßige Schnapsgehalt muß bekämpft werden durch eine gute Jugendbeziehung und durch eine Beschränkung der Schänkstättchen, deren sämtliche Concessionen auf Grund der Gewerbeordnungs-Novelle in Rücksicht auf die Bedürfnisfrage streng einer nachmaligen Prüfung unterworfen werden müssen, denn der Schnapswirth ist meistens identisch mit dem Wucherer.

Dr. Friedenthal: Die Erklärung, welche die Regierung wiederholt über ihre Absichten abgegeben, habe im ganzen Lande, vornehmlich aber in der Nothstandsgegend, den größten Widerhall gefunden. Hier zeige sich die Solidarität der Interessen der ganzen Bevölkerung. Die Vorschläge des Fürsten Pleß seien am meisten geeignet, eine Wiederkehr des Nothstandes in dem jetzigen Umfange unmöglich zu machen. Jetzt in der Zeit der Noth, angesichts der bestehenden Zwangslage sei die Bevölkerung am leichtesten von der absoluten Nothwendigkeit einer Melioration des Bodens zu überzeugen und zur Errichtung von Meliorationsverbänden und Wasser-genossenschaften zu veranlassen. Die Verbände müßten Klein- und Großgrundbesitzer gleichmäßig umfassen; die Mittel dazu brauchten jedoch nicht a fonds perdu hergegeben zu werden, sondern könnten durch die Provinzialstaats- und Landes-cultur-Rentenbanken an die Bezugsnehmer vertheilt werden, unter der Bedingung einer von einem bestimmten Zeitpunkt ab eintretenden Verzinsung und Amortisation. Für die Drainage würde sich eine Commission von Sachkundigen empfehlen, die die Unternehmung der einschlägigen Verhältnisse an Ort und Stelle vornimmt und unter Leitung eines Verwaltungsbeamten stehen muß. Die Zusammenlegung des zerstückelten Grundbesitzes sei nöthig, eine vorüberige Separation und ein Austausch verschiedener Parzellen würde aber bei dem Mißtrauen der Großgrundbesitzer eine Vertragung der Drainage ad calendas graecas bedeuten. Die Fehler der slavischen Ober-schlesier seien weniger Nationalfeindschaft als solche, wie sie unermessenen Kindern eigen zu sein pflegen. Diejenigen, welche diese Bevölkerung im Gegensatz zu dem Großgrundbesitz zu bringen streben, leisteten ihr keinen Dienst. Wie in der Wohlthätigkeit, müßten auch alle Parteien in dem Bestreben einig sein, die Verhältnisse der dortigen Bevölkerung dauernd zu heben. (Beifall.)

Graf v. Stolberg: Die Ansicht über die Nothwendigkeit der Wiedereinführung von Wuchergesetzen hat sich auch unter den realpolitisch denkenden Liberalen zu Gunsten derselben geändert. Eine so schwierige Aufgabe kann aber nicht aus der Initiative des Reichstages gelöst werden, sondern diese muß von der Regierung ausgehen. Gibt dazu der ober-schlesische Nothstand Veranlassung, so hat er wenigstens eine gute Seite. Die Provinz Schlesien hat die ihr obliegenden Pflichten nach Kräften erfüllt und hat große Summen für den Wobebau in den Nothstandsdistricten bewilligt. Dem Provinzialauschuß muß auch die in dieser Vorlage für den Wobebau reservirte halbe Million Mark zur Verwendung überwiesen werden, damit diese von einem Centrum aus nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt.

Minister Graf Eulenburg: Ueber die Verwendung der ½ Million Mark zu Bicalmungs-Bauten sind bestimmte Ausführungsbestimmungen nicht gegeben, und es ist dies allseitig als zweckentsprechend anerkannt worden. Ob und wie weit dabei eine Theilnehmung der schlesischen Provinzial-Verwaltung eintreten könne, ist eine offene Frage. Graf Bäder hat den Wunsch ausgesprochen, man möge sich mit der Gewährung von Unterstützung nicht ausschließlich auf diejenigen Kreise beschränken, die als wirkliche Nothstandskreise gelten. Die Staatsregierung stimmt dem bei und hat deshalb auch vermieden, in der Vorlage bestimmte Kreise namhaft zu machen. Als Rahmen des Gesetzes müssen allerdings die bekannten sieben Nothstandskreise gelten, und über dieselben wird nur im Falle des äußersten Bedürfnisses hinausgegangen werden. Den Herren Vorrednern Dr. Friedenthal und Fürst Pleß gegenüber wiederhole ich, daß der Minister für Landwirthschaft es doppelt bebauern wird, am Erscheinen im Herrenhause heute verhindert gewesen zu sein, wenn er erzählt, daß das hohe Haus sich so an gelegentlich mit innerhalb seines Ressorts gelegenen Maßnahmen zur Hebung des Nothstandes beschäftigt hat. Auf Details kann ich natürlich nicht eingehen, das aber kann ich aussprechen, daß ich in Uebereinstimmung mit den Vorrednern die Möglichkeit einer Melioration auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung anerkenne und insbesondere die Flußregulirung zu denjenigen Verbesserungsmaßregeln zähle, die von der Regierung in erster Linie ins Auge gefaßt sind.

Graf Zieten-Schwerin wünscht, daß die Privatwohlthätigkeit namentlich in Naturalienpenden noch nicht erlahmen möge. Wenn auf diese Weise die für Ankauf von Viehfutter und Saatgut in dieser Vorlage in Aussicht genommenen Mittel nicht vollständig zur Verwendung kommen, dann kann die Ersparnis zu weiterer Schaffung von Arbeitsgelegenheit, namentlich zur Regulirung von Fußläufen verwendet werden. Damit dieses aber möglich werde, muß die Regierung die Sammlung von Naturalien im Lande und ihren Transport nach den Nothstandsdistricten befördern.

Darauf wird die Vorlage einstimmig en bloc angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf, betreffend Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushaltsset für das Jahr 1879/80 (Feststellung des Matricularbeitrages für das Reich).

Derselbe wird auf Antrag des Referenten der Budgetcommission Grafen Zieten-Schwerin wie im anderen Hause unverändert und ohne Debatte angenommen.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr vom 1. April 1877/78 werden, soweit sie sich auf die preussische Verwaltung beziehen, auf Antrag des Referenten der Budgetcommission, Graf v. d. Schulenburg-Angern, begutachtet.

Es folgen Petitionen. Die Petition des Kreisynodalsvorstandes der Friedländer Diöcese (Ostpreußen) mit dem Antrage, darauf hinzuwirken, daß im Wege der Gesetzgebung durchgreifende Maßregeln zur Unterdrückung des gewerkschaftlichen Bettelns ergriffen werden, beantragt der Berichterstatter von Simpson-Georgenburg, der Regierung zur Eröfnung zu überweisen, ob nicht dem beregten Uebelstande, insbesondere durch Vermehrung der Genbarmarie, beziehungsweise durch strengere Disciplin in den Arbeits- und Correctionsanstalten möglichst entgegen zu treten sei.

Regierungscommissar Geh. Rath v. Reßler widerspricht dem Gedanken auf Vermehrung der Genbarmarie nicht, dagegen wohl dem zweiten zur Erwägung empfohlenen Punkte. In den Correctionsanstalten sei die Disciplin nach den eingeforderten Berichten der Oberpräsidenten keineswegs

übertrieben human. Disciplin und Verpflegung sei dort derjenigen in den Strafanstalten analoga.

Der Berichterstatter glaubt dagegen, daß die Disciplin in den Correctionsanstalten nicht streng genug sei.

Minister Graf Eulenburg führt aus, es gebe hauptsächlich zwei Wege, dem Mißstand der Bettelei entgegenzuwirken, der erste sei die energische Handhabung der Repressivmaßregeln, der zweite die vermehrte Bildung von Vereinen gegen die Bettelei, welche sich allerwärts aufs beste bewährt hätten und namentlich auch auf dem Lande wohlthätig wirken würden. Die Disciplin in den Correctionsanstalten könne er als eine zu milde nicht anerkennen, zudem sei diese Materie provinzial geregelt. Er bitte, die Petition der Regierung zur Erwägung, ohne weiteren Zusatz, zu überweisen.

Strudmann unterstützt die Darlegungen des Ministers, dagegen empfiehlt Graf Brühl eine magere Kost und körperliche Züchtigung in den Correctionsanstalten.

Die Petition wird der Regierung ohne weiteren Zusatz einfach zur Erwägung überwiesen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr (kleinere Vorlagen und Petitionen).

**Berlin, 26. Januar.** [Am'tliches.] Se. Majestät der Kaiser hat heute Nachmittag um 1 Uhr in Allerhöchstem Palais den seitherigen Kaiserlich russischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am hiesigen Allerhöchsten Hofe, Herrn von Dubril, in feierlicher Audienz empfangen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen entgegengenommen, wodurch derselbe von diesem Posten abberufen wird. Unmittelbar nach beendeter Audienz, bei welcher als Vertreter des auswärtigen Amtes der Wirkliche Geheime Rath von Philippsborn zugegen war, wurde dem Botschafter auch die Ehre des Empfanges bei Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin zu Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Reiches den Ober-Reichs-anwalt Dr. Freiherrn von Sodenborff zu Leipzig zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz ernannt.

Se. Majestät der Kaiser haben den Regierungs-Meister Carl Wilhelm Schmieding zum Landrath des Kreises Altena ernannt.

Der Notar Birkel zu Wigny ist in gleicher Eigenschaft in den Landgerichtsbezirk Straßburg berufen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Truchersheim. — Der königliche Kreisbaumeister Frik Schlepss zu Raguit ist in gleicher Amtseigenschaft nach Greifenberg, Regierungsbezirk Siedlitz, berufen worden.

**Berlin, 26. Januar.** [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing am gestrigen Vormittage den hier eingetroffenen Fürsten von Pleß und gewährte dem Grafen zur Lippe-Biesterfeld eine Audienz. — Heute Vormittag nahm Se. Majestät in Gegenwart des Gouverneurs, Generals der Infanterie von Fransecky, sowie des Commandanten, Generalleutenants Grafen von Wartensleben, militärische Meldungen entgegen und hörte den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinetts, Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski.

[Beide Kaiserliche Majestäten] erteilten heute dem Kaiserlich russischen Botschafter Herrn von Dubril die nachgesuchte Abschieds-Audienz.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war vorgestern Abend bei dem dritten Vortrage des Wissenschaftlichen Vereins in der Singakademie anwesend. — Gestern wohnte Allerhöchstdieselbe dem Gottesdienste in der Nicolaiskirche bei. — Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz, der Prinz Wilhelm und der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meinungen dinirten bei den Kaiserlichen Majestäten. — Abends war Ihre Majestät die Kaiserin und Königin bei der Jahresfeier des Jerusalem-Vereins im Dome anwesend.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich am Sonnabend Vormittag um 11 Uhr zur Jubiläum-Gratulation zu Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen August von Württemberg und erteilte von 12 Uhr ab dem Major a. D. und Kammerherrn von Pachelbl-Gehag, dem Grafen zur Lippe, dem Lieutenant a. D. von Schulenburg, sowie dem Major a. D. und Branddirector Witte Audienzen. Nachmittags um 4 Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit zum Diner zu Ihren Majestäten. Gestern Vormittag um 10 Uhr empfing Höchstdieselbe den Oberst-Jägermeister Fürsten von Pleß und wohnte dann dem Gottesdienste in der Nicolaiskirche bei. Später empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Fürsten von Hohenlohe-Langenburg und hierauf den Professor Dr. Schellbach. Das Diner nahm Höchstdieselbe bei Ihren Majestäten ein. (R.-A.)

**Gewinn-Liste der 4. Klasse 161. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.**  
Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

**Berlin, 26. Januar.** Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

18 225 63 88 (300) 490 93 539 627 38 836 87 976 94 (600) 1016 40 42 63 149 70 223 67 (3000) 73 362 544 (600) 45 (6000) 610 93 (300) 98 743 (300) 845 85 931 60 65 77 79 2047 52 63 67 71 127 (300) 35 94 225 39 335 (300) 492 511 (3000) 53 92 604 45 54 78 (300) 88 (3000) 97 732 (3000) 38 (3000) 826 (300) 75 931 48 92 3264 91 336 (300) 50 428 (300) 39 501 43 611 (300) 53 (300) 98 705 6 97 802 35 (300) 89 954 4078 99 (300) 177 (300) 86 273 334 83 410 (3000) 92 536 98 668 70 (1500) 72 798 815 92 91019 5015 26 171 77 87 93 240 (600) 82 304 (1500) 39 (300) 600 22 834 51 69 (3000) 78 942 53 72 82 6094 133 57 60 99 316 (600) 59 75 493 518 601 73 715 90 835 92 900 31 71 73 87 94 7009 50 66 85 (600) 139 255 58 885 (300) 89 501 (600) 93 650 98 712 40 831 58 90 91 94 (1500) 959 8014 54 72 154 (1500) 234 49 62 74 323 59 456 60 596 652 61 780 91 804 16 (600) 22 900 55 65 99 (600) 9004 (1500) 145 78 (300) 217 389 (300) 435 90 520 (300) 24 26 63 630 71 733 54 804 (300) 37 914 29 57.

10,102 61 (300) 219 318 32 (300) 59 93 431 35 541 644 66 71 21 45 (300) 78 79 828 33 47 81 96 906 (300) 27 (300) 85 11,090 173 219 43 64 73 362 91 444 709 (3000) 33 35 805 22 64 86 912 (600) 56 (300) 67 (600) 12,107 (300) 24 36 222 55 (300) 330 84 411 51 70 71 72 75 578 621 57 804 65 (600) 95 99 13,024 64 (3000) 156 (1500) 243 53 85 332 (3000) 434 57 70 79 560 80 95 (300) 639 48 73 744 812 32 50 931 73 86 14,055 81 281 90 344 525 43 672 82 97 721 96 814 903 29 15,081 (1500) 155 83 92 312 53 483 86 507 (300) 56 97 696 787 99 882 915 (300) 23 45 67 16,000 18 32 157 262 69 85 386 93 412 19 21 74 77 509 76 650 85 704 (300) 48 85 88 17,055 152 62 219 22 30 53 362 75 424 68 86 543 (300) 53 84 698 738 934 47 57 75 18,196 (300) 289 403 57 507 37 48 (3000) 607 797 98 823 30 67 80 96 912 (3000) 20 25 (3000) 19,021 45 62 (600) 116 67 69 98 201 352 67 430 35 94 530 (600) 38 (600) 613 (600) 37 730 82 858 70 914 (300) 44 (3000) 55 61.

20,006 27 (1500) 66 72 124 67 314 31 36 (3000) 70 (300) 512 (1500) 30 (600) 86 618 36 90 738 809 77 910 62 95 21,031 (300) 74 (1500) 80 111 253 300 8 79 425 98 510 (600) 65 (3000) 88 646 57 58 712 99 881 910 19 (300) 69 22,060 (1500) 72 121 55 206 66 67 350 91 400 71 83 532 49 57 609 15 23 770 83 84 814 51 70 (1500) 92 98 934 58 69 23,029 51 116 243 (300) 80 311 94 406 10 694 743 75 854 900 2 33 44 24,079 89 109 (3000) 818 69 (300) 75 405 742 48 827 31 52 64 96 944 74 (300) 84 25,001 (1500) 29 118 (600) 239 76 311 50 72 91 499 555 77 668 713 66 81 (1500) 857 (600) 90 935 37 (1500) 98 (300) 26,083 193 244 53 58 (600) 71 302 19 56 58 439 (300) 64 500 21 709 37 58 821 936 42 74 91 (1500) 27,001 (600) 62 110 41 (300) 211 92 335 92 415 28 46 550 602 14 16 25 46 67 726 54 902 53 (300) 28,043 104 33 225 29 56 408 14 19 43 533 (300) 665 709 23 36 64 82 88 915 71 75 83 29,043 24 (300) 48 62 73 133 295 325 52 (600) 80 434 657 778 883 916 25 79.

30,023 43 172 299 (300) 312 40 (300) 580 (300) 88 718 899 961 96 31,091 10 214 392 521 630 751 72 905 48 71 (300) 97 32,005 7 46 80 130 (1500) 84 205 93 392 434 97 (1500) 644 55 736 67 82 870 85 33,018 19 118 279 (300) 329 (3000) 68 523 29 713 (600) 14 70 89 81 31 928 29 49 71 80 81 90 34,030 81 117 24 27 200 20 22 301 7 50 55 80 460 (600) 84 552 (300) 62 88 620 23 51 52 54 65 798 (1500) 824 37 951 70 (300) 87 99 35,053 56 (600) 210 43 93 312 (3000) 58 486 718 38 88 (1500) 809 913 (1500) 35 (600)

36,044 45 81 (300) 115 45 204 24 81 321 58 67 421 36 56 524 28 39 611 (3000) 63 74 94 702 44 45 82 819 23 61 37,051 56 78 128 (3000) 304 (600) 39 73 497 523 60 611 703 6 17 21 24 (600) 43 54 75 79 92 95 828 (300) 88,120 40 83 251 321 469 93 97 631 48 98 908 39 55 39,074 120 75 238 44 94 (600) 96 393 (300) 11 433 (3000) 99 530 666 731 (300) 803 43 67 910 (300) 34 42 48.

40,096 100 45 80 227 304 80 425 54 524 54 666 (1500) 736 (600) 69 97 802 913 15 41,076 141 (300) 68 (3000) 231 392 402 53 518 24 45 (600) 55 79 (3000) 81 852 (300) 58 (300) 61 97 42,041 99 106 (300) 21 52 (300) 88 300 3 (300) 95 443 49 55 59 87 566 76 623 24 (300) 748 60 816 94 900 45 43,027 154 294 98 99 305 86 430 53 571 (300) 92 621 26 37 48 91 730 (300) 50 68 823 27 (1500) 48 928 44,063 110 14 43 61 (1500) 219 333 406 92 96 509 603 91 758 94 894 119 50 66 45,097 99 101 14 202 50 81 88 313 45 56 (300) 91 417 44 (300) 85 531 50 649 (300) 73 770 822 32 78 900 68 71 (300) 46,052 109 18 33 58 225 43 63 335 48 419 91 92 570 98 631 40 49 81 714 23 51 80 812 44 53 74 91 960 95 47,043 64 67 184 (300) 272 356 431 (600) 550 646 59 61 (300) 700 (300) 6 17 27 35 55 (3000) 89 823 32 78 84 95 (300) 48,028 (600) 83 76 133 85 (1500) 206 15 394 512 629 37 795 (600) 883 901 26 (300) 61 49,116 (1500) 17 35 46 76 216 393 98 494 501 (300) 16 77 81 605 13 25 74 (300) 887 994 (600).

50,018 148 76 268 96 (600) 356 61 64 409 (3000) 97 517 30 43 689 718 42 50 67 842 924 (300) 66 70 79 51,016 17 78 148 98 235 (300) 71 78 84 99 349 71 79 551 61 661 69 717 77 890 912 52,020 69 111 15 58 223 47 75 399 402 68 90 528 83 615 64 93 714 55 (300) 62 885 89 91 947 98 53,001 25 48 116 39 (600) 216 20 29 71 360 (1500) 84 428 66 (1500) 514 61 (300) 632 78 79 713 23 77 93 828 47 946 (300) 49 68 77 54,003 8 (600) 49 67 69 (600) 100 91 95 97 298 320 526 29 38 87 88 (1500) 92 99 627 46 50 64 67 (1500) 96 55,037 137 (600) 50 90 245 57 85 333 48 98 443 514 45 (1500) 705 (3000) 807 11 911 56,140 59 (300) 79 83 (300) 207 52 334 64 448 (1500) 96 (300) 525 56 (600) 73 94 625 49 (1500) 50 701 827 57,057 198 228 35 54 59 336 400 19 530 68 89 674 (1500) 769 810 12 52 62 996 58,012 58 121 25 (600) 43 78 96 (600) 271 326 58 65 87 (300) 90 401 34 45 59 522 605 810 21 928 73 84 (300) 89 99 59,108 88 209 24 70 86 99 346 436 502 21 31 65 77 634 (300) 60 708 76 877 82 937 61.

60,003 8 20 60 123 40 47 48 94 390 409 26 (300) 529 58 (300) 659 799 826 32 36 977 61,035 (3000) 79 200 73 75 313 29 55 91 423 64 86 539 83 90 698 727 898 925 55 70 71 62,049 73 (600) 81 182 221 (300) 317 26 438 75 508 33 69 97 (600) 650 710 825 911 16 94 (3000) 63,030 86 109 39 (600) 272 31 23 45 95 (300) 553 78 607 59 (300) 77 711 37 53 811 40 (300) 47 937 (300) 64,052 (1500) 59 205 26 337 75 454 (3000) 80 629 799 (300) 866 933 78 66 65,027 36 43 (300) 83 102 27 29 (3000) 249 59 66 74 455 (1500) 441 555 (300) 80 601 8 16 53 729 97 (1500) 854 (600) 60 83 98 925 98 66,024 41 121 238 47 78 95 353 62 504 654 744 83 813 37 54 (300) 67,002 129 99 262 97 304 35 41 91 436 71 75 (600) 625 76 810 36 59 74 80 94 (300) 937 53 68,055 75 122 (300) 36 220 86 363 86 449 513 92 (3000) 600 (600) 713 (600) 22 911 69,045 47 194 282 315 (3000) 57 71 456 84 93 656 77 99 (3000) 705 54 (1500) 57 68 95 815 63.

70,148 56 211 32 86 317 25 70 427 63 507 11 (600) 85 613 22 66 75 703 6 32 90 913 15 24 51 71,059 76 99 100 21 35 232 83 391 92 518 695 10 56 81 785 877 950 74 72,042 72 91 (600) 98 110 (3000) 29 35 89 90 208 47 67 (300) 69 74 (1500) 334 417 63 86 574 732 41 91 821 917 41 45 52 (300) 73,007 (1500) 166 213 40 62 361 76 544 (3000) 99 (1500) 776 809 53 59 83 (300) 967 69 74,011 63 (600) 186 270 313 17 (300) 22 48 62 (3000) 487 527 (300) 55 649 74 75 757 87 850 918 35 43 86 75,207 (300) 23 53 72 79 95 398 428 60 85 616 (300) 60 91 729 55 (300) 76 80 93 878 928 94 76,011 13 72 102 31 203 34 90 92 (3000) 345 411 30 88 583 661 739 58 65 804 63 77,049 54 61 107 41 45 74 87 90 91 305 39 432 91 538 72 (300) 659 79 765 921 (300) 78,038 140 57 311 (3000) 35 61 70 98 334 438 52 94 505 9 15 82 636 38 45 52 717 24 915 79,036 166 70 80 (600) 278 (1500) 306 76 95 421 (1500) 88 720 34 45 52 809 23 48 (300) 74 94 954 (600).

80,009 45 61 70 163 85 (1500) 269 91 340 91 419 516 82 61475 90 761 980 82 81,046 51 73 84 135 39 227 33 65 76 338 50 91 430 41 46 56 654 (1500) 67 73 89 754 61 (1500) 66 810 71 947 64 87 82,140 91 245 63 302 8 434 74 86 531 59 76 79 (6000) 88 630 38 736 45 50 85 815 60 (6000) 76 902 18 95 (1500) 98 83,146 (1500) 517 71 321 (3000) 57 69 (300) 77 447 50 88 576 96 621 824 (1500) 519 24 94 84,080 113 20 232 (300) 61 88 461 589 (300) 641 (300) 42 81 98 (300) 731 (600) 41 (300) 46 904 12 83 85,106 11 85 234 96 417 83 608 (1500) 33 (600) 76 717 74 928 39 86,039 185 209 98 331 85 413 17 521 665 67 742 60 (300) 833 (600) 36 77 944 75 87,080 115 (600) 51 84 267 369 457 60 504 (300) 11 (1500) 18 25 (300) 32 33 44 61 81 715 (1500) 40 53 56 78 99 (600) 824 51 913 72 79 88,028 85 (1500) 131 73 85 220 (600) 69 87 329 85 (300) 476 88 (600) 544 46 622 25 57 725 58 68 (600) 821 (300) 903 4 19 59 86 89,008 123 40 82 208 47 333 (3000) 75 (300) 404 32 41 78 93 544 80 605 44 53 61 63 (300) 75 (600) 719 81 809 10 65 96 900 (600) 73 (90000).

90,059 70 89 (3000) 108 10 40 70 73 96 339 59 73 404 60 559 607 32 702 (300) 60 804 6 41 67 77 962 88 91,130 31 85 227 333 55 442 (3000) 814 25 (300) 61 (600) 92,117 26 331 (15000) 48 435 66 510 (300) 15 37 629 73 743 65 87 820 33 931 37 60 70 93,020 (300) 93 120 52 81 (600) 204 9 39 (300) 51 356 69 76 99 462 (300) 334 659 68 81 717 19 28 (3000) 92 902 45 (3000) 65 79 94,110 91 (300) 270 92 393 95 408 37 542 86 726 98 807 (300) 10 949 66 69.

© **Berlin, 26. Jan.** [Das Actiengesetz. — Handelsver-  
trag mit Oesterreich. — Reichseisenbahnamt.] Die Arbeiten  
zur Reform des Actiengesetzes, deren zweckentsprechende Erledigung  
gewiß sehr wünschenswerth ist, haben bisher im Reichsjustizamt an-  
derer, noch dringlicheren Aufgaben weichen müssen. Die Förderung  
jener Vorarbeiten wird aber jetzt mit thünlicher Beschleunigung be-  
wirkt werden. Von der Einbringung eines befriedigenden Entwurfes in  
der bevorstehenden Reichstagsession kann indeß keine Rede sein, und  
die entgegengegesetzten Meinungen verschiedener Blätter sind unrichtig.  
— Wie wir hören, haben die Verathungen des Reichshaushaltsbetrags  
im Bundesrath begonnen und sind in der Feststellung verschiedener  
Einzelsätze bereits weit vorgeschritten. — In Folge des neuen provisorischen  
Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn  
gelten seit dem 1. Januar bezüglich des Veredelungsverkehrs lediglich die  
Vorschriften in § 115 des Vereinsvollgesetzes und der dazu ergangenen  
Ausführungsbestimmungen. Durch eine Verfügung vom 20. d. M.  
hat der Finanzminister auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses vom  
15. Januar die Provinzial-Steuerdirectoren ermächtigt, für die Zeit  
bis zum 15. Februar d. J. den Hauptämtern ihres Verwaltungs-  
bereichs die Befugniß beizulegen, zur Gestattung der Veredelung  
deutsche Waaren in Oesterreich-Ungarn einzuführen, ohne daß dabei der  
Nachweis der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit für den deutschen Verkehr  
zu erfordern ist. Unter deutschen Waaren, auf welche sich die Befugnißung  
erstreckt, sind solche zu verstehen, welche entweder in Deutschland erzeugt  
oder dafelbst einer Bearbeitung unterworfen worden sind. Die Frist  
zur zollfreien Wiedereinfuhr der Waaren im veredelten Zustande ist  
regelmäßig auf 3 Monate zu bestimmen; ausnahmsweise kann sie  
bis zu 6 Monaten festgesetzt werden. Vom 15. Februar ab ist die  
Erlaubniß zur zollfreien Wiedereinfuhr im Veredelungsverkehr abhängig  
von der diesseitigen Genehmigung. Die darauf gerichteten Anträge sind  
daher dem Finanzminister zur Entscheidung vorzulegen; die Prov.-Steuer-  
directoren haben sich zu äußern, inwieweit die nachgesuchte Vergünstigung  
als nothwendig oder nützlich für den deutschen Verkehr anzusehen ist.  
— Die Einberufung des Provinzial-Landtages der Provinz Westpreußen  
ist auf den 10. März in Aussicht genommen worden. — Das  
Reichsoberhandelsgericht hat in der Zeit vom 1. December 1878  
bis 30. September 1879 zu bearbeiten gehabt 185 rücklä-  
nige Spruchsachen aus dem Jahre vorher und 1328 neue, zusammen  
1513. Davon sind in Folge von Entsaugungen, Zurückweisungen  
oder Incompetenz-Erklärungen ausgeschlossen 36, erledigt 1132,  
rückständig geblieben 345, Beschwerdsachen waren 87 zu bearbeiten

und sind 86 bearbeitet worden. In der Zeit von 1870 bis letzten  
September 1879 sind also Entscheidungen ergangen: im Jahr 1870  
— 84, 1871 — 660, 1872 — 883, 1873 — 1100, 1874 —  
1275, 1875 — 1347, 1876 — 1516, 1877 — 1591, 1878 —  
1648, 1879 — 1132, im Ganzen 11,226. — Vom Bundesamt  
für das Heimathswesen sind zu bearbeiten gewesen 545 dies-  
jährige Sachen, darunter 428 neue, 63 vom Vorjahr uner-  
ledigt herübergekommen; erledigt sind durch Rücknahme des Rechts-  
mittels 16, durch Erkenntniß oder Beweisresolution 546, unerledigt  
geblieben 46. — Nach der vom Reichseisenbahnamt aufgestellten Nach-  
weisung über die im Monat November auf deutschen Bahnen, mit  
Ausfluß Baierns, vorgekommenen Unfälle waren zu verzeichnen 35  
Entgleisungen und 23 Zusammenstöße fahrender Züge, deren 28 mit  
Personenbeförderung und 35 Güterzüge resp. leer fahrender Locomo-  
tiven, 69 Entgleis. und 31 Zusammenstöße beim Rangiren, 120 sonstige Ver-  
triebsereignisse. Es wurden getödtet 2 Reis., 1 Beamter; verletzt 23 Reis.,  
28 Beamte, 1 Arbeiter, 3 fremde Personen; 46 Thiere getödtet, 3  
verletzt, 76 Fahrzeuge erheblich, 260 unerheblich beschädigt. Außerdem  
kamen vor, größtentheils durch eigene Unvorsichtigkeit, 31 Tödtungen  
(1 Reisender, 9 Beamte, 11 Arbeiter, 10 fremde Personen),  
91 Verletzungen (2 Reisende, 31 Beamte, 47 Arbeiter, 11 fremde  
Personen) und 7 Tödtungen bei beabsichtigtem Selbstmord. —  
Die Betriebsergebnisse der 89 zur Vergleichung gezogenen Bahnen  
stellen sich aus allen Verkehrsweigen im December v. J. bei 60 Bah-  
nen höher, bei 29 niedriger als in demselben Monat des Vorjahrs,  
und vom 1. Januar bis Ende December bei 46 höher und bei 43  
niedriger als im Vorjahr.

[Bekanntmachung.] Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes  
gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom  
21. October 1878 wird die in der Druckerei von Eugen Lilienfeld hier  
selbst, Ohlauerstraße Nr. 58, gedruckte, unter dem Titel: „Petersburg  
bei Tag und Nacht oder Russische Zustände von F. Sommer“  
erschienene, im Selbstverlag des Verfassers befindliche Druckschrift von der  
unterzeichneten Landespolizeibehörde hierdurch verboten. Breslau, den  
23. Januar 1880. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. S. d.

**Breslau, 26. Januar.** [Wahl.] Bei der im 8. Düsseldorf Wahlkreise  
stattgehabten Erloßwahl zum Abgeordnetenhaus wurden nach amtlicher  
Feststellung 217 Stimmen abgegeben. Hieron erhielt v. Schorlemer-Behr  
(Centrum) 110 Stimmen, Professor Legidi (freiconservativ) 107 Stimmen.  
Der Erstere ist somit gewählt.

### Handel, Industrie etc.

**Berlin, 26. Jan.** [Börse.] Der gestrige Privatverkehr verlief in  
recht fester Stimmung. Franzosen, Laura und Dortmund waren beson-  
ders beborzugt. Creditact. 525,50—527,50, Franzosen 472,00—477,00 bis  
476,00, Lombarden 159,50—158,50, 1860er Loose 127,50, österr. Silber-  
rente 61,90, do. Papierrente 60,75—61,00, do. Goldrente 73

